

Auf ein Wort vorweg: Darmstadt muss sozialer werden

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der heutigen Dezember-Ausgabe legen wir Euch einen brandaktuellen Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung diesen Jahres vor.

In der Haushaltsdebatte haben wir gezeigt: Wir sind die führende Oppositionsfraktion, wir haben für Darmstadt einen Gegenentwurf zu Grün-Schwarz, wir wollen eine sozialere Stadt – und das ist keine romantische Träumerei. Das ist machbar, trotz knapper Mittel. Wir haben es vorgerechnet. Doch leider steht die Regierungskoalition mit ihrer Mehrheit einer sozialeren Gestaltung unseres Lebens hier vor Ort entgegen.



Und dennoch: Sie können nicht machen, was sie wollen. Diese Lektion haben wir ihnen dieses Jahr erteilt. So hatten wir erfolgreich darauf gedrungen, dass die Kostensteigerung bei der Lichtwiesenbahn noch vor den Haushaltsberatungen behandelt wird, auch aufgrund unserer Kritik wurden zwei Magistratsvorlagen wegen handwerklicher Mängel zurück gezogen und beim Neubau der Heinrich-Hoffmann-Schule haben wir Grün-Schwarz abgerungen, dass der Wasserspielplatz erhalten bleibt.

Diese Oppositionsarbeit ist aufreibend – und oft genug sind die Ergebnisse unseres Engagements aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament enttäuschend. Umso mehr möchte ich unseren Fraktions-, ebenso wie unseren Magistratsmitgliedern für ihren Einsatz danken. Danke auch an unsere Mitarbeiterinnen, die uns bei unserer Arbeit unterstützen.

Und nun möchte ich Euch und Euren Lieben schöne Feiertage wünschen und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Euer

A handwritten signature in black ink, which reads "Michael Siebel". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Michael Siebel
Fraktionssprecher

Anne Marquardt: Erzieherinnen verdienen mehr



Ein junger Mensch, der in Hessen eine Ausbildung abschließt, verdient im Schnitt ein Einstiegsgehalt von 33.500 Euro pro Jahr. Ein/e ErzieherIn, die im Tarif EuS EG8a eingruppiert ist, verdient etwa 32.000 Euro. Das bedeutet, diejenigen, die eine bis zu fünfjährige (überwiegend unbezahlte) Ausbildung absolvieren, verdienen deutlich weniger. Aus unserer Sicht muss sich die Wertschätzung für diesen Beruf auch in der Bezahlung ausdrücken. In einem Haushaltsantrag fordern wir die Höhergruppierung der ErzieherInnen von EuS EG8a nach 8b. Das gilt für alle ErzieherInnen in städtischen, freien und kirchlichen Kitas. Wenn diese Höherstufung zum 1.07.19 eingeführt wird, entstehen der Stadt Kosten von etwa 1,8 Millionen Euro. Die Aufgaben und der Beruf von ErzieherInnen ist in besonderem Maße anspruchsvoll. Ich bin überzeugt, für diesen Beruf muss man brennen, um ihn ein Leben lang auszuüben. Wegen des Geldes macht das sicher niemand. Andere Kommunen wie bspw. Rüsselsheim haben sich bereits auf diesen Weg gemacht, um ihre ErzieherInnen besser zu bezahlen. Denn die Arbeit unserer ErzieherInnen ist richtig gut und deshalb richtig was wert!

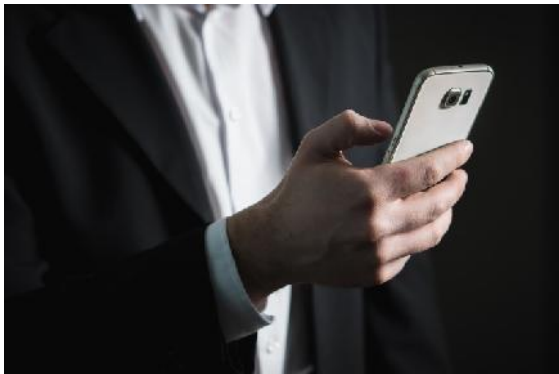
Tim Huß: Senkt endlich die ÖPNV-Preise!

Diesel-Fahrverbote werden kommen. Unabhängig ob gerichtlich verordnet oder außergerichtlich verhandelt: Sie werden kommen. Die Verantwortungskette ist lang. Sie beginnt mit den kriminellen Machenschaften der Automobilhersteller über das Verkehrsministerium, das sie gewähren lässt, zieht sich über die untätige Landesregierung bis hin zur ebenso untätigen Stadtregierung. Doch gerade in Darmstadt könnten wir was machen. Schon im Sommer hat die SPD einen 50-prozentigen Rabatt für ÖPNV-Jahreskarten beantragt. Grün-Schwarz lehnte ab. Andere Städte – Essen, Nürnberg, Aschaffenburg, Herrenberg, Augsburg, selbst Frankfurt und seine Umlandkommunen – sind hier viel weiter.

Wir sind überzeugt: Ohne eine Senkung der ÖPNV-Preise wird die Verkehrswende nicht gelingen. Ohne eine Senkung der ÖPNV-Preise werden Fahrverbote zum Dauerzustand für Darmstadt. Und das ist weder sozial, noch ökologisch, noch mobilitätsfördernd.



Anne Marquardt: Wie geht es weiter mit der 5G-Modellregion?



Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde beschlossen, dass die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg sich als Modellregion für den neuen Mobilfunkstandard 5G bewerben. Der Oberbürgermeister erklärte in der Fragestunde, dass er bereits Gespräche mit den Landräten aus der Bergstraße, dem Odenwaldkreis und dem Kreis Groß-Gerau geführt hat. Alle Landkreise zeigen Interesse, sich gemeinsam mit der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg als 5G-Modellregion zu bewerben. Auf Nachfrage muss der Oberbürgermeister aber einräumen, dass es bisher keine Interessensbekundung beim Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur gibt. Aus unserer Sicht sollte das schnellstmöglich getan werden, um weiterhin alle Möglichkeiten offen zu halten, um dieses zukunftsweisende Projekt in unsere Region zu holen.

Moritz Röder: Fraktionsarbeit zeigt Wirkung

Stadt will Memory Field kaufen



Der Baseballverein Whippets hat seit vielen Jahren seinen Sitz in der Heimstätte und geht auf dem Memory Field sehr erfolgreich seinem Sport nach. Leider hat der Verein dabei kaum Planungssicherheit, da der Pachtvertrag vom Eigentümer des Geländes – der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) – immer nur kurzfristig verlängert wird. Das beeinträchtigt die zahlreichen dort ehrenamtlich tätigen Aktiven in ihrer Arbeit und ist kein langfristig hinnehmbarer Zustand.

Deshalb hat die SPD bereits im Jahre 2017 den Antrag gestellt, dass die Stadt mit der BImA über einen Kauf verhandeln soll, um danach zu einer langfristigen Verpachtung an die Whippets zu kommen. Diesem Antrag wurde auch in der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. Jetzt – nach eineinhalb Jahren - scheint endlich Bewegung in diese Gespräche zu kommen. Auf Nachfrage unserer Fraktion bestätigte der Oberbürgermeister, dass die Stadt der BImA inzwischen ihr Kaufinteresse bekundet habe. Zurzeit erstellt die BImA ein Gutachten zu ihren Preisvorstellungen für einen Verkauf. Auf dieser Grundlage möchte die Stadt dann möglichst unverzüglich einen Ankauf und eine Weiterverpachtung durch die Whippets durchführen.

Wir begrüßen diese Entwicklung und werden weiterhin an der Sache dranhängen, nachfragen und Druck machen – damit die Whippets hoffentlich bald langfristig gesichert ihrem Sport nachgehen können.

Michael Siebel: Fahrradparktürme auf dem Paliparkplatz liegen auf Eis

Nach massiven Einwänden von Anwohnern und Gewerbetreibenden hatte die verantwortliche Verkehrsdezernentin die Magistratsvorlage zu den geplanten Fahrradparktürmen auf dem Paliparkplatz wegen handwerklicher Mängel zurückziehen müssen. Sie kündigte seinerzeit eine Überarbeitung an. Jetzt fragte SPD-Fraktionssprecher Michael Siebel, wie es damit aussieht. Doch offenbar gibt es nichts zu sehen. Denn nach Aussage der Dezernentin liegt die Vorlage auf Eis. „Auch in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahr konnte sie nicht sagen, wann die Vorlage erneut eingebracht wird“, berichtete Siebel. „Wie man hört, wird sie – auch wegen handwerklicher Fehler – nie mehr eingebracht.“



Eine Hilfe für Frauen in Notsituationen

Ursula Knechtel fragte nach Frauenhaus-Plätzen

„Wie kann garantiert werden, dass alle Frauen, die Hilfe suchen, einen Platz im Frauenhaus finden“, wollte die SPD-Stadtverordnete Ursula Knechtel wissen. Eine solche Garantie gibt es aber nicht, jedenfalls nicht allein auf Darmstadt bezogen. Wie die zuständige Dezernentin ausführte, kann leider nicht allen hilfesuchenden Frauen ein Platz in einem Frauenhaus am Ort ihrer Wahl vermittelt werden. Könnte eine Frau hier – wo es 32 Plätze gibt – nicht aufgenommen werden, werde durch die Mitarbeiterinnen ein Platz andernorts gesucht. Ein zweites Frauenhaus in Darmstadt stehe derzeit jedoch nicht zur Debatte. Vielmehr sei die Versorgung vor Ort angemessen. Nun gelte es am Runden Tisch zu ermitteln, wie der bundesweite Bedarf bedient werden könne. Hierzu plane der Bund ein eigens aufgelegtes Förderprogramm.

Oliver Lott drängt auf rechtsverbindliche Regelung für öffentlich gefördertes Wohnen am Woog

Die Stadt plant das Gelände des Schul- und Trainingsbades an die bauverein AG zu verkaufen. Laut der am 02.03.2017 beschlossenen Satzung der Stadt Darmstadt 45% der Flächen öffentlich gefördert zu bauen, ist auch die bauverein AG an diesen Beschluss gebunden. "Diese Bindung ist allerdings oftmals rechtlich schwierig durchzusetzen. Vor allem wenn im Verfahren Fehler gemacht werden, könnte der Bauherr Baurecht z.B. nach §34 BauGB haben und wäre dann nicht mehr an die Quoten gebunden", erklärt der baupolitische Sprecher der Darmstädter SPD Fraktion, Oliver Lott. Deshalb brachte die SPD einen Antrag ein, der eine Verpflichtung der bauverein AG zum Bau von 45% geförderter Wohnung schon im Kaufvertrag vorsieht. Während CDU und Grüne sich im Ausschuss noch enthielten und somit die Annahme des Änderungsantrages empfohlen wurde, lehnte die Regierungsfraktion diesen in der Stadtverordnetenversammlung ab. Über den Grund kann im Nachhinein nur noch spekuliert werden.



Michael Siebel: Dieser Haushalt ist für die SPD Fraktion nicht zustimmungsfähig - Wir stehen für eine soziale Ausrichtung des Haushalts



Der Haushalt der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist in einer prekären Situation. Dies hat der Kämmerer in seiner Einbringungsrede zum Ausdruck gebracht. Zwar ist es ihm gelungen, fünf Jahre in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, aber wenn wir ehrlich sind, liegt das an der guten konjunkturellen Situation und an den stetig wachsenden Steuereinnahmen.

Aber wir wissen nicht, wie das weiter geht, ob die Zinsen auf dem niedrigen Niveau bleiben und ob die Steuereinnahmen weiter stabil bleiben. Deshalb haben wir für die Deckung unserer Haushaltsanträge nicht die nach der Mai Steuerschätzung zu erwartenden Steuermehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (2 Mio. €

mehr) und bei der Einkommensteuererlegung (6,9 Mio. Mehr) bemüht, sondern haben echte, solide und nachvollziehbare Ausgabensenkungen – beispielsweise im Bereich der aufgeblähten Dezernatsverwaltung beim Oberbürgermeister oder durch Abplanung der Lichtwiesenbahn dargestellt.

Wir haben darüber hinaus beantragt, die Gewerbesteuer um 4 Punkte zu erhöhen. Das würde Mehreinnahmen von 1,6 Mio.€ bedeuten. Ich glaube, wir müssen uns aufgrund der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht hinter Frankfurt verstecken.

In seiner Einbringungsrede hat der Kämmerer die aus seiner Sicht als Segnungen zu bezeichnenden Veränderungen durch die Hessenkasse dargestellt. Ja, er konnte im Vergleich zum letzten Jahr viele Kassenkredite ablösen und auf die WI Bank übertragen. Aber um welchen Preis? Ab sofort muss die Tilgung im Finanzhaushalt ausgewiesen werden. Das heißt, dass im Ergebnishaushalt ein Überschuss erzielt werden muss, um die Tilgung der abgelösten Kredite darstellen zu können.



Es kommt ein weiteres hinzu. Nach der Landeshaushaltsordnung muss ab 2020 eine Liquiditätsreserve von 2% der Auszahlungen, gemittelt über die letzten 3 Jahre, gebildet werden. Das wird für die Stadt Darmstadt 12 Mio. weniger bedeuten.

Das sind die Begleiterscheinungen der Hessenkasse, auf die wir als SPD immer wieder warnend hingewiesen haben. Ich kann deshalb nicht verstehen, wie die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfractionen in der Vergangenheit die Hessenkasse immer wieder gefeiert haben. In Wirklichkeit hat sie zwar im Hinblick auf die aktuelle Lage der Kassenkredite eine positive Wirkung, aber auf langer Sicht schränkt sie die kommunale Selbstverwaltung ein.

Herr Schellenberg, Sie haben in ihrer Einbringungsrede davon gesprochen, dass wir die Investitionen im Blick behalten müssten. Da gebe ich ihnen Recht! Aber dann haben sie sie auch im Blick!

Sie haben auch in diesem Jahr wieder vom statistischen Bundesamt attestiert bekommen, dass Darmstadt die höchst verschuldete Stadt aller kreisfreien Städte ist. Mit um die 15000.-€ Verschuldung pro Einwohner liegen wir damit fast 100% über Frankfurt. Sie begründen dies mit der besonderen Situation der Stadtwirtschaft, die 70% der Schulden in ihren Büchern stehen habe. Trotzdem stehen noch 30% in unsere Büchner und das ist zu viel.



Deshalb muss der Magistrat in Zukunft die Investitionen und insbesondere die Kostensteigerungen bei den Investitionen im Blick haben. Allein im letzten Jahr haben wir bei vielen kleineren und größeren Vorlagen Kostensteigerungen von 15,8 Mio. € verzeichnen müssen. Das waren bei der Lichtwiesenbahn jüngst 3,66 Mio. € bei diversen Kanalumbauten in der Pallaswiesenstraße und der Heidelbergerstraße 1,8 Mio. €, das Kinder- und Jugendzentrum in der Pankratiusstraße wurde 750.000€ teurer und der

Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Arheilgen schlug mit Kostensteigerungen von 1 Mio. € zu buche. Und nicht zu vergessen die jüngste Kostensteigerung beim Nordbad von weiteren 3,4 Mio.€.

Wir haben immer wieder gefordert und darauf hingewiesen, dass Bauvorhaben professionalisiert werden müssen, je größer sie sind, desto dringender. Wir haben durchgesetzt, dass bei allen größeren Vorhaben ein Risikopuffer von 10% einzuplanen ist. Und trotzdem explodieren die Kosten und das liegt nicht allein an den steigenden Baukosten.

Das liegt – und das ist hausgemacht – an unzureichenden Managementprozessen und mangelnder Kontrolle der Dezernentinnen und Dezernenten, die viel mit Bauvorhaben zu tun haben. Wir haben in letzter Zeit zwei Vorlagen bearbeitet, die der Magistrat zurückziehen musste.

Das war die Vorlage Heinrich-Hoffmann Schule und die Vorlage für das Fahrradparkhochhaus auf dem Pali Parkplatz.

Die waren einfach schlampig gemacht, nicht hinreichend abgestimmt und in diesen beiden Fällen mit den Betroffenen auch nicht abgestimmt. Im Fall der Vorlage Heinrich Hoffmann Schule schreckte der Magistrat nicht mal davor zurück, einen Teil der betroffenen Anlieger, im konkreten Fall die Naturfreunde, öffentlich



zu diffamieren. Wenn Investoren ihre Interessen durchsetzen, dann ist das normal. Wenn das bürgerschaftlich engagierte Organisationen tun, wird das vom Magistrat und leider auch von Teilen der Regierungsfractionen kritisiert. Das ist nicht in Ordnung!

Wenn das die Art und Weise ist, wie Magistratsvorlagen gemacht werden, dann werden wir nie auf einen grünen Zweig kommen.

Ich möchte auf einen wichtigen Teil des Haushalts kommen, den Personalhaushalt. Wir haben jährlich steigende Personalausgaben, das hat auch damit zu tun, dass wir an Einwohnern wachsen und mehr Einwohner nehmen auch mehr Dienstleistungen in Anspruch. Wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher – auch besser bezahlte Erzieherinnen und Erzieher, auch teilweise mehr Personal im Dienstleistungsbereich der Ämter. Aber wir wissen auch, dass der Magistrat nicht in der Lage ist, alle im Haushalt nominell ausgewiesenen Stellen zu besetzen. Schon in diesem Haushalt rechnet der Kämmerer mit 6,5% nicht besetzter Stellen. Selbst der Kämmerer geht davon aus, dass 2-3 Mio.€ der etatisierten Personalausgaben nicht verausgabt werden können, weil kein Personal gefunden werden kann. Deshalb müssen die Personalausgaben realistischer angesetzt werden. Ansonsten ist das Prinzip der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nicht erfüllt.

Ich will zwei Dinge ansprechen, die etwas mit den Grundsätzen der kommunalen Haushaltsführung zu tun haben. Wir halten es für falsch, wenn auch weiterhin kommunale Flächen der Privatwirtschaft verkauft werden. Da sind in der Vergangenheit große Fehler gemacht worden, aber das darf kein Grund sein, so weiter zu machen. Die stadtplanerischen Gestaltungsspielräume werden immer geringer, je weniger Flächen uns gehören. Das Prinzip der Vergabe von Grundstücken in Erbpacht ist nicht von gestern, es ist aktueller denn je. Und wenn Investoren auf den Kauf von Grundstücken bestehen, dann müssen wir dem widerstehen. Grund und Boden ist nicht vermehrbar und gehört deshalb in öffentliche Verantwortung.

In diesem Haushalt sind Grundstücksverkäufe von 15 Mio.€ eingeplant. Das ist öffentliches Vermögen, das den Zugriff öffentlicher Einflussnahme entzogen wird! Und das kritisieren wir!



Der zweite grundsätzliche Punkt: unsere Stadtwirtschaft. Es war richtig, die Stadtwirtschaft stark und mit einer Holding aufzustellen. Es war richtig, die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge in der Stadtwirtschaft zu belassen und sogar die Aktion wieder zu rekommunalisieren. Das ist nicht das Verdienst von Grün-Schwarz. Das ist damals von allen Fraktionen getragen worden. Ich nehme aber in den letzten Jahren wahr, dass die Ausschüttungen mancher Unternehmen deutlich über der Verzinsung des Eigenkapitals liegen. Das muss meiner Ansicht nach korrigiert werden. Ich sage dies bewusst und in Richtung der bauverein AG. Es ist richtig, dass der Bauverein in den

letzten Jahren mehr in die Sanierung der eigenen Häuser steckt. Das war lange überfällig. Aber das darf nicht zu unangemessenen Mieterhöhungen kommen, wie es manchmal den Anschein hat. Auch im kommenden Jahr soll der Bauverein wieder ausschütten.

Das heißt im Klartext, dass die Mieterinnen und Mieter zu einem wesentlichen Teil die Sanierung des Haushalts bezahlen. Mit den Ausschüttungen der BVD und den Grundstücksverkäufen bedeutet das, dass über 25 Mio.€ genau darüber finanziert werden! Ich bedauere, dass die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung sich gegen eine eigene Darmstädter Mietpreisbremse nach dem Vorbild der AFB in Frankfurt oder meinetwegen auch nach dem Vorbild der Nassauischen Heimstädte wehrt.

Und ich habe kein Verständnis dafür, dass sie unseren Haushaltsantrag für mehr Mittel zum Rückkauf von Bindungen auf Sozialwohnungen abgelehnt haben. Jetzt zeigt sich, dass in Eberstadt-Süd, beispielsweise in der Stresemannstraße, Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Mit den von uns beantragten Mitteln könnten diese Wohnungen in der Sozialbindung gehalten werden. Sie können dies noch heute korrigieren, indem sie unserem Haushaltsantrag zur Aufstockung der Wohnungsbaumittel zustimmen. Damit will ich zu unseren weiteren Haushaltsanträgen kommen.

Wir hatten diese unter die Generalüberschrift „Haushalt sozialer gestalten“ gestellt. Dazu gehört für uns eine neue Besoldung für Erzieherinnen und Erzieher und – ich will das im Hinblick auf zukünftige Haushalte sagen, auch eine verbindliche Mindestlohnregelung in allen Bereichen subsidiärer Förderung und der Stadtwirtschaft. Wir wollen 1 Mio.€ mehr in den sozialen Wohnungsbau investieren, in den Rückkauf von Bindungen und in das neue Programm zur Förderung von Wohnungen für mittlere Einkommen.



Ich sagte es bereits, dass wir erneut beantragen, die Lichtwiesenbahn abzuplanen und dafür in den Bau von Radwegen zu investieren. Auch die Beantwortung der großen Anfrage der FDP Fraktion die uns gestern erreicht hat, klärt und beantwortet nicht die Fragen, die offen sind.

Dieser Haushalt ist für die SPD Fraktion nicht zustimmungsfähig. Es steht zu erwarten, dass dieser Haushalt, trotz seiner unzureichenden sozialen Ausrichtung, eine Mehrheit findet. Wir haben – auch im Kleinen – eine konstruktive Haushaltsberatung gemacht. Dass die Koalition – jetzt auch mit UFFBASSE – die Reihen geschlossen hat und alle Anträge abgelehnt hat, ist bedauerlich. Eine Korrektur dieser Verhältnisse wird erst mit der nächsten Kommunalwahl passieren.

Wir als SPD Fraktion stehen für eine soziale Ausrichtung des Haushalts.